



MICHAEL B. BARNES

BÜRGERANLIEGEN • STELLUNGNAHMEN • KORRESPONDENZ



Hengelerstraße 1

49565 Bramsche



mbarnes61@outlook.com

20.07.2026

Nord Stream 2 – Was tatsächlich geschah

Die Nord-Stream-Lüge: Warum wir die Gewehre derer bezahlen, die unsere Pipelines sprengen



Nord Stream – Kurzchronologie:

- 26.09.2022: Explosionen an den Nord-Stream-Pipelines.
- 2022–2025: Internationale Ermittlungen und politische Diskussionen über die Verantwortlichen.
- 2025: Europäischer Haftbefehl gegen einen mutmaßlichen Tatverdächtigen.
- 02.07.2026: Die Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen den ukrainischen Oberst Serhii K.

- **Nächster Schritt: Verfahren vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg.**

Es ist der größte geopolitische Schildbürgerstreich der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Während deutsche Haushalte und die Industrie bis heute unter den wirtschaftlichen Spätfolgen der explodierten Gaspreise ächzen, deckt die Justiz Stück für Stück eine bittere Wahrheit auf: Der Anschlag auf die wichtigste Energieinfrastruktur unseres Landes war kein Akt anonymer Terroristen, sondern eine staatlich gesteuerte Militäroperation unseres engen Verbündeten Ukraine. [\[1\]](#), [\[2\]](#)

Die Bundesanwaltschaft hat am **2. Juli 2026** offiziell Anklage gegen den ukrainischen Spezialeinheits-Oberst Serhii K. erhoben. Der schwerwiegendste Vorwurf im fälligen Prozess vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg lautet: **Kriegsverbrechen gegen zivile Objekte**. Das bedeutet Schwarz auf Weiß: Ein Soldat jenes Staates, den Deutschland mit fast 100 Milliarden Euro an Steuergeldern und Waffen überlebensfähig hält, hat deutsche Infrastruktur weggebombt. Und die Bundesregierung? Sie schweigt, überweist weiter Milliarden und hofft darauf, dass die Öffentlichkeit den ungemütlichen Widerspruch nicht bemerkt. [\[1\]](#), [\[2\]](#), [\[3\]](#), [\[4\]](#), [\[5\]](#)

Das Milliarden-Abo auf den eigenen Ruin

Es ist ein politisches Schauspiel ohnegleichen: Auf der einen Seite ermittelt die deutsche Justiz messerscharf und klagt ukrainische Soldaten wegen eines Kriegsverbrechens auf deutschem Boden an. Auf der anderen Seite überweist Berlin stoisch weiter Steuergelder nach Kiew, als wäre nichts gewesen. Die Begründung der Bundesregierung gleicht einer intellektuellen Bankrotterklärung. Man behauptet, dass der damalige ukrainische Armeechef Saluschnyj die Sprengung am eigenen Präsidenten Selenskyj vorbei befohlen habe. [\[1\]](#)

Mit diesem Konstrukt der „abtrünnigen Generäle“ hat sich die Politik eine diplomatische Brücke gebaut. Das Argument: Man dürfe nicht das ganze Land bestrafen. Doch für den deutschen Steuerzahler ist das blanker Hohn. Ob der Befehl vom Präsidenten oder vom Armeechef kam – die Zerstörung wurde mit staatlichen Ressourcen der Ukraine durchgeführt. Deutschland finanziert somit sehenden Auges einen Partner, der die wirtschaftliche Lebensader seines wichtigsten Unterstützers gekappt hat. Wann dieser Wahnsinn endet? Spätestens wenn die Richter in Hamburg im anstehenden Prozess ihr Urteil fällen, wird die Mauer des Schweigens in Berlin brechen müssen. [\[1\]](#), [\[2\]](#), [\[3\]](#), [\[4\]](#)

Fluchthilfe mit Diplomatenkennzeichen: Wie Polen die Aufklärung sabotierte

Wer glaubt, das falsche Spiel finde nur in Kiew statt, muss den Blick nach Warschau richten. Der Fall Nord Stream zeigt schmerzhaft, was europäische Solidarität wert ist, wenn es hart auf hart kommt: nichts. Die deutschen Ermittler stießen bei ihrer Arbeit auf eine Mauer des polnischen Widerstands, die an offene Feindseligkeit grenzte. Besonders skandalös ist der Fall des ukrainischen Tauchlehrers Wolodymyr Z., einem der mutmaßlichen Haupttäter. Als die deutsche Justiz einen europäischen Haftbefehl gegen ihn erließ, dachten die polnischen Behörden gar nicht daran, ihn festzunehmen. Im Gegenteil: Sie ließen die Fristen bewusst verstreichen und

schaute sehenden Auges zu, wie Z. im Auto eines ukrainischen Diplomaten über die Grenze in Richtung Ukraine floh. Die deutschen Sicherheitsbehörden sind sich sicher: Der Mann wurde von polnischer Seite aktiv gewarnt.

Die Krönung lieferte Polens Premier Donald Tusk, der die deutsche Empörung mit einer völkerrechtlichen Unverschämtheit abtat. Sinngemäß erklärte er, die Pipelines seien ein illegitimes russisches Projekt gewesen, deren Zerstörung im nationalen Interesse lag. Eine Strafverfolgung der Täter werde Polen daher nicht unterstützen. Unser engster EU- und NATO-Partner rechtfertigt somit ein Kriegsverbrechen auf deutschem Boden und verhilft den Tätern zur Flucht. [1, 2]

Die Quittung zahlt der Bürger: 1,3 Milliarden Euro und explodierte Preise

Während in Berlin und Warschau geopolitische Ränkespiele ausgetragen werden, tragen die deutschen Bürger und die heimische Industrie die finanzielle Last dieser Sabotage. Der direkte Sachschaden an den Pipelines wird auf rund **1,3 Milliarden Euro** beziffert – zerstörtes Vermögen, das auch deutschen Investoren gehörte. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. [1]

Seit dem finalen Stopp der Lieferungen durch die Sprengung haben sich die Gaspreise für die Verbraucher zeitweise um **54 Prozent** erhöht. Für die deutsche Industrie hat sich der Gaspreis im Vergleich zu den Vorjahren sogar **vervierfacht**. Ganze Wirtschaftszweige wandern ab, Arbeitsplätze gehen verloren, und der Wohlstand schrumpft. Während andere Nationen wie Großbritannien, Japan oder die USA im Hintergrund längst wieder Wege gefunden haben, Rohstoffe pragmatisch zu beziehen, verharrt Deutschland in einer selbstzerstörerischen Starre. Wir bezahlen nicht nur die Waffen eines Partners, der unsere Energieversorgung zerstört hat, sondern ruinieren gleichzeitig die eigene Wirtschaft. [1]

Fazit: Wer schützt eigentlich noch deutsche Interessen?

Der Fall Nord Stream legt die bittere Wahrheit über die aktuelle deutsche Politik offen: Die Bundesregierung hat den Kompass für die eigenen nationalen Interessen komplett verloren. Aus Angst vor diplomatischen Verwerfungen mit der Ukraine und den westlichen Partnern nimmt man die Demütigung und den wirtschaftlichen Schaden eines Kriegsverbrechens auf eigenem Boden achselzuckend in Kauf. [1, 2, 3]

Eine Regierung, die die Zerstörung ihrer eigenen Lebensader ignoriert und den Verursachern weiterhin Milliarden überweist, verliert jede Glaubwürdigkeit auf dem internationalen Parkett. Es wird Zeit, dass der anstehende Prozess vor dem Oberlandesgericht in Hamburg die Mauer des Schweigens bricht. Deutschland muss endlich aufwachen, die Samthandschuhe ausziehen und die Zahlungen an Kiew so lange einfrieren, bis die Ukraine die Täter ausliefert und für den Milliarden Schaden geradesteht. Alles andere ist politischer Selbstmord. [1, 2, 3]

Die Nord-Stream-Lüge: Warum wir die Gewehre derer bezahlen, die unsere Pipelines sprengten

Es ist der größte geopolitische Schildbürgerstreich der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Während deutsche Haushalte und die Industrie bis heute unter den wirtschaftlichen Spätfolgen der explodierten Gaspreise ächzen, deckt die Justiz Stück für Stück eine bittere Wahrheit auf: Der Anschlag auf die wichtigste Energieinfrastruktur unseres Landes war kein Akt anonymer Terroristen, sondern eine staatlich gesteuerte Militäroperation unseres engen Verbündeten Ukraine. [1, 2]

Die Bundesanwaltschaft hat am **2. Juli 2026** offiziell Anklage gegen den ukrainischen Spezialeinheits-Oberst Serhii K. erhoben. Der schwerwiegendste Vorwurf im fälligen Prozess vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg lautet: **Kriegsverbrechen gegen zivile Objekte**. Das bedeutet Schwarz auf Weiß: Ein Soldat jenes Staates, den Deutschland mit fast 100 Milliarden Euro an Steuergeldern und Waffen überlebensfähig hält, hat deutsche Infrastruktur weggebombt. Und die Bundesregierung? Sie schweigt, überweist weiter Milliarden und hofft darauf, dass die Öffentlichkeit den ungemütlichen Widerspruch nicht bemerkt. [3, 4, 5, 6, 7]

Das Milliarden-Abo auf den eigenen Ruin

Es ist ein politisches Schauspiel ohnegleichen: Auf der einen Seite ermittelt die deutsche Justiz messerscharf und klagt ukrainische Soldaten wegen eines Kriegsverbrechens auf deutschem Boden an. Auf der anderen Seite überweist Berlin stoisch weiter Steuergelder nach Kiew, als wäre nichts gewesen. Die Begründung der Bundesregierung gleicht einer intellektuellen Bankrotterklärung. Man behauptet, dass der damalige ukrainische Armeechef Saluschnyj die Sprengung am eigenen Präsidenten Selenskyj vorbei befohlen habe. [6]

Mit diesem Konstrukt der „abtrünnigen Generäle“ hat sich die Politik eine diplomatische Brücke gebaut. Das Argument: Man dürfe nicht das ganze Land bestrafen. Doch für den deutschen Steuerzahler ist das blanker Hohn. Ob der Befehl vom Präsidenten oder vom Armeechef kam – die Zerstörung wurde mit staatlichen Ressourcen der Ukraine durchgeführt. Deutschland finanziert somit sehenden Auges einen Partner, der die wirtschaftliche Lebensader seines wichtigsten Unterstützers gekappt hat. Wann dieser Wahnsinn endet? Spätestens wenn die Richter in Hamburg im anstehenden Prozess ihr Urteil fällen, wird die Mauer des Schweigens in Berlin brechen müssen. [2, 4, 7, 8]

Fluchthilfe mit Diplomatenkennzeichen: Wie Polen die Aufklärung sabotierte

Wer glaubt, das falsche Spiel finde nur in Kiew statt, muss den Blick nach Warschau richten. Der Fall Nord Stream zeigt schmerzhaft, was europäische Solidarität wert ist, wenn es hart auf hart kommt: nichts. Die deutschen Ermittler stießen bei ihrer Arbeit auf eine Mauer des polnischen Widerstands, die an offene Feindseligkeit grenzt.

Besonders skandalös ist der Fall des ukrainischen Tauchlehrers Wolodymyr Z., einem der mutmaßlichen Haupttäter. Als die deutsche Justiz einen europäischen Haftbefehl gegen ihn erließ, dachten die polnischen Behörden gar nicht daran, ihn festzunehmen. Im Gegenteil: Sie ließen die Fristen bewusst verstreichen und schauten sehenden Auges zu, wie Z. im Auto eines ukrainischen Diplomaten über die Grenze in Richtung Ukraine floh. Die deutschen Sicherheitsbehörden sind sich sicher: Der Mann wurde von polnischer Seite aktiv gewarnt.

Die Krönung lieferte Polens Premier Donald Tusk, der die deutsche Empörung mit einer völkerrechtlichen Unverschämtheit abtat. Sinngemäß erklärte er, die Pipelines seien ein illegitimes russisches Projekt gewesen, deren Zerstörung im nationalen Interesse lag. Eine Strafverfolgung der Täter werde Polen daher nicht unterstützen. Unser engster EU- und NATO-Partner rechtfertigt somit ein Kriegsverbrechen auf deutschem Boden und verhilft den Tätern zur Flucht. [4, 6]

Die Quittung zahlt der Bürger: 1,3 Milliarden Euro und explodierte Preise

Während in Berlin und Warschau geopolitische Ränkespiele ausgetragen werden, tragen die deutschen Bürger und die heimische Industrie die finanzielle Last dieser Sabotage. Der direkte Sachschaden an den Pipelines wird auf rund **1,3 Milliarden**

Euro beziffert – zerstörtes Vermögen, das auch deutschen Investoren gehörte. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. [7]

Seit dem finalen Stopp der Lieferungen durch die Sprengung haben sich die Gaspreise für die Verbraucher zeitweise um **54 Prozent** erhöht. Für die deutsche Industrie hat sich der Gaspreis im Vergleich zu den Vorjahren sogar **vervierfacht**. Ganze Wirtschaftszweige wandern ab, Arbeitsplätze gehen verloren, und der Wohlstand schrumpft. Während andere Nationen wie Großbritannien, Japan oder die USA im Hintergrund längst wieder Wege gefunden haben, Rohstoffe pragmatisch zu beziehen, verharrt Deutschland in einer selbstzerstörerischen Starre. Wir bezahlen nicht nur die Waffen eines Partners, der unsere Energieversorgung zerstört hat, sondern ruinieren gleichzeitig die eigene Wirtschaft. [7]

Fazit: Wer schützt eigentlich noch deutsche Interessen?

Der Fall Nord Stream legt die bittere Wahrheit über die aktuelle deutsche Politik offen: Die Bundesregierung hat den Kompass für die eigenen nationalen Interessen komplett verloren. Aus Angst vor diplomatischen Verwerfungen mit der Ukraine und den westlichen Partnern nimmt man die Demütigung und den wirtschaftlichen Schaden eines Kriegsverbrechens auf eigenem Boden achselzuckend in Kauf. [1, 5, 6]

Eine Regierung, die die Zerstörung ihrer eigenen Lebensader ignoriert und den Verursachern weiterhin Milliarden überweist, verliert jede Glaubwürdigkeit auf dem internationalen Parkett. Es wird Zeit, dass der anstehende Prozess vor dem Oberlandesgericht in Hamburg die Mauer des Schweigens bricht. Deutschland muss endlich aufwachen, die Samthandschuhe ausziehen und die Zahlungen an Kiew so lange einfrieren, bis die Ukraine die Täter ausliefert und für den Milliarden Schaden geradesteht. Alles andere ist politischer Selbstmord. [5, 7, 8]

„Das Fünf-Jahres-Märchen: Die absurde Logik der neuen Kriegstreiberei“

Wer den aktuellen Debatten im Berliner Regierungsviertel lauscht, reibt sich ungläubig die Augen. Politiker überbieten sich gegenseitig mit Warnungen, Deutschland müsse innerhalb der nächsten fünf Jahre „kriegstüchtig“ werden, weil sonst der russische Einmarsch drohe. Wer diese Argumentation mit gesundem Menschenverstand hinterfragt, stößt auf einen logischen Kurzschluss, der die deutsche Bevölkerung für dumm verkaufen soll.

Man muss sich dieses Szenario einmal auf der Zunge zergehen lassen: Die russische Armee, die seit Jahren in einem extrem verlustreichen Stellungskrieg in der Ukraine gebunden ist, soll laut der Berliner Logik also geduldig fünf Jahre lang warten, bis Westeuropa seine Kasernen modernisiert, Waffen produziert und Raketen einsatzbereit gemacht hat – um dann pünktlich anzugreifen? Kein Militärstrategie der Welt würde dem Gegner freiwillig ein halbes Jahrzehnt Zeit geben, sich seelenruhig aufzurüsten. Dieses Narrativ widerspricht jeglicher logischen und militärischen Vernunft.

Die Stimme der Vernunft: Was Russland-Kenner wirklich sagen

Dass dieses Schreckgespenst eines russischen Durchmarsches bis nach Deutschland an der Realität vorbeigeht, betonen besonnene Experten wie die

renommierte Russland-Kennerin und ehemalige ARD-Korrespondentin Dr. Gabriele Krone-Schmalz seit Jahren. Ihre Analysen machen deutlich: Russland hatte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion jahrzehntelang die Gelegenheit, Westeuropa zu bedrohen, tat es aber nicht. Der Konflikt entzündete sich konkret an der jahrzehntelangen NATO-Osterweiterung und dem Vorrücken des westlichen Militärbündnisses direkt an die russische Haustür – eine rote Linie, die Moskau seit den 1990er Jahren immer wieder glasklar benannt hat. [1, 2]

Ein imperialer Durchmarsch Russlands gegen NATO-Staaten ist auch deshalb extrem unwahrscheinlich, weil Wladimir Putin genau weiß, dass ein Angriff auf ein Bündnismitglied den atomaren Weltkrieg bedeuten würde, den niemand gewinnen kann. Warum also peitschen deutsche Politiker diese Panikmache so massiv in die Medien? Die Antwort ist psychologische Kriegsführung gegen die eigene Bevölkerung: Nur wer den Bürgern systematisch Angst vor dem eigenen Untergang einjagt, kann die Kürzungen bei Soziales, Bildung und Infrastruktur rechtfertigen, um stattdessen Milliarden in die Rüstungsindustrie zu pumpen. Es ist Zeit, dass die deutsche Politik aufhört, die Bürger für dumm zu verkaufen, und zu einer realitätsbasierten Diplomatie zurückkehrt.

Fazit: Ein gefährliches Spiel mit der Wahrheit

Betrachtet man das Gesamtbild, wird das Ausmaß der politischen Sackgasse überdeutlich: Auf der einen Seite duckt sich die Bundesregierung weg, wenn ein Partnerstaat wie die Ukraine unsere lebenswichtige Energieinfrastruktur wegsprengt – und überweist stoisch weiter Milliarden. Auf der anderen Seite wird der eigenen Bevölkerung ein unlogisches Fünf-Jahres-Kriegsszenario eingeredet, um gigantische Rüstungsausgaben zu rechtfertigen. Diese Politik hat den Kompass für die tatsächlichen Interessen des eigenen Landes komplett verloren. Deutschland braucht keine mediale Panikmache, sondern den Mut zu einer ehrlichen Aufklärung und einer Außenpolitik, die endlich wieder die Interessen der eigenen Bürger in den Mittelpunkt stellt. Alles andere führt unweigerlich in den wirtschaftlichen und politischen Ruin.

Offene Fragen statt fertiger Antworten: Warum die Andromeda-Theorie viele Zweifel aufwirft

Je tiefer man sich mit dem Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines beschäftigt, desto mehr Fragen drängen sich auf. Die offizielle Darstellung konzentriert sich auf eine kleine Segelyacht namens *Andromeda* und eine Gruppe mutmaßlicher Täter. Doch reicht diese Erklärung tatsächlich aus, um einen der technisch aufwendigsten Sabotageakte der jüngeren Geschichte schlüssig zu erklären?

Nach meiner Einschätzung bleiben erhebliche Zweifel. Die Sprengungen erfolgten in großer Wassertiefe an einer hochgesicherten Energieinfrastruktur. Dafür wären nicht nur umfangreiche Vorbereitungen erforderlich gewesen, sondern auch spezielle Tauchausrüstung, präzise Navigation und ein logistischer Aufwand, der weit über das hinausgeht, was man üblicherweise mit einer kleinen Segelyacht verbindet. Ob die bisher bekannten Ermittlungsergebnisse diese Fragen ausreichend beantworten, wird von zahlreichen Beobachtern und Fachleuten unterschiedlich bewertet.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt. Die Ostsee gehört zu den am stärksten überwachten Seegebieten Europas. Küstenstaaten überwachen den Schiffsverkehr mit Radar, zivile Schiffe senden in der Regel AIS-Signale, und verschiedene Staaten verfügen über umfangreiche Aufklärungs- und Überwachungskapazitäten. Deshalb stellt sich für viele Beobachter die Frage, welche Informationen über die Schiffsbewegungen rund um den Tatzeitpunkt tatsächlich vorliegen und warum bis heute nur ein Teil der Erkenntnisse öffentlich bekannt geworden ist.

Diese offenen Fragen bedeuten nicht automatisch, dass die bisher bekannten Ermittlungsergebnisse falsch sind. Sie zeigen jedoch, dass der Fall aus Sicht vieler Kritiker noch längst nicht vollständig aufgeklärt ist. Solange wesentliche technische, logistische und nachrichtendienstliche Fragen unbeantwortet bleiben, wird die öffentliche Diskussion über den Anschlag weitergehen.

Gerade bei einem Ereignis von dieser politischen und wirtschaftlichen Tragweite sollte das Ziel nicht sein, möglichst schnell einen Schlusstrich zu ziehen. Im Gegenteil: Eine lückenlose und nachvollziehbare Aufklärung liegt im Interesse aller Beteiligten. Nur vollständige Transparenz kann dauerhaft Vertrauen schaffen – und nur wenn alle offenen Fragen beantwortet werden, lässt sich verhindern, dass Spekulationen und Misstrauen den Platz gesicherter Erkenntnisse einnehmen.

Das eisige Schweigen: Die Verteidigung mit der „funktionellen Immunität“

Wer gehofft hatte, dass der in Hamburg angeklagte ukrainische Oberst Serhii K. zur Aufklärung des Falls beitragen würde, wurde bislang enttäuscht. Nach den bislang bekannten Informationen schweigt der Angeklagte zu den Vorwürfen. Seine Verteidigung versuchte stattdessen, das Verfahren mit dem Hinweis auf die sogenannte „funktionelle Immunität“ zu stoppen. Dahinter steht die Auffassung, staatliche Amtsträger könnten für Handlungen in Ausübung ihrer dienstlichen Aufgaben vor ausländischen Gerichten grundsätzlich nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Für viele Beobachter wirft diese Argumentation jedoch grundsätzliche Fragen auf. Wenn ein Anschlag auf eine zivile Energieinfrastruktur tatsächlich Teil militärischen Handelns gewesen sein sollte, stellt sich umso mehr die Frage nach der politischen und staatlichen Verantwortung. Genau deshalb kommt dem Verfahren vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg eine besondere Bedeutung zu.

Unabhängig vom Ausgang des Prozesses bleibt für viele Bürger ein bitterer Eindruck zurück. Während die Justiz versucht, strafrechtliche Verantwortung aufzuklären, dauern die politischen Debatten über Unterstützung, Haftung und Verantwortlichkeit an. Kritiker sehen darin einen Widerspruch, der bis heute nicht überzeugend beantwortet wurde.



Quellen und Nachweise

[1] Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

Anklage wegen der Sprengung der Nord-Stream-Gaspipelines erhoben,
Pressemitteilung vom 02.07.2026.

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2026/Pressemitteilung-vom-02-07-2026.html>

Belegt: Anklage gegen Serhii K., Vorwurf Kriegsverbrechen gegen zivile Objekte.

[2] Bundesgerichtshof

Beschluss vom 10. Dezember 2025 – StB 60/25.

https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/Strafsenate/3_StB/2025/StB_60-25.pdf

Belegt: deutsche Strafgewalt / Zuständigkeit im Nord-Stream-Verfahren.

[3] Tagesschau / ARD-Investigativ

Erste Anklage gegen mutmaßlichen Nord-Stream-Saboteur, 01.07.2026.

<https://www.tagesschau.de/investigativ/anklage-nordstream-ukraine-russland-100.html>

Belegt: Anklage, Rolle von Serhii K., Vorwurf Angriff auf zivile Energieinfrastruktur.

[4] Reuters

Germany charges Nord Stream suspect with attacking pipeline on behalf of Ukraine,
02.07.2026.

<https://www.reuters.com/world/europe/germany-charges-nord-stream-suspect-with-war-crime-complicity-sabotage-2026-07-02/>

Belegt: internationale Einordnung, Vorwürfe gegen Serhii K., ukrainischer Staatsbezug laut Anklage.

[5] Legal Tribune Online (LTO)

Anklage wegen Nord-Stream-Anschlag, Juristische Presseschau vom 02.07.2026.

<https://www.lto.de/recht/presseschau/p/presseschau-2026-07-02-nord-stream-anklage-russia-today-sendeverbot-ruanda-festnahme>

Belegt: juristische Zusammenfassung der Anklage und des Kriegsverbrechensvorwurfs.

[6] ZEIT ONLINE

Nord-Stream-Prozess: Die große Frage ist: Wer hat ihm den Auftrag erteilt?,
01.07.2026.

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-06/nord-stream-prozess-pipeline-ukraine-hamburg-sabotage>

Belegt: politische Dimension, offene Frage nach Auftraggebern, Prozess in Hamburg.

[7] ZDFheute

Nord-Stream-Verdächtiger in Hamburg angeklagt, 01.07.2026.

<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/nord-stream-anschlag-anklage-ukraine-100.html>

Belegt: Anklage, Hamburg, Haftbeschwerde, Ermittlungsstand.

QR-Codes

- **Bundesanwaltschaft – wichtigste Quelle**

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2026/Pressemitteilung-vom-02-07-2026.html>



- **Bundesgerichtshof – StB 60/25**

https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/Strafsenate/3_StS/2025/StB__60-25.pdf

- **Tagesschau – Anklage Nord Stream**

<https://www.tagesschau.de/investigativ/anklage-nordstream-ukraine-russland-100.html>



- **Reuters – internationale Einordnung**

<https://www.reuters.com/world/europe/germany-charges-nord-stream-suspect-with-war-crime-complicity-sabotage-2026-07-02/>



- **LTO – juristische Einordnung**

<https://www.lto.de/recht/presseschau/p/presseschau-2026-07-02-nord-stream-anklage-russia-today-sendeverbot-ruanda-festnahme>

- **ZEIT – Auftraggeberfrage**

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-06/nord-stream-prozess-pipeline-ukraine-hamburg-sabotage>



- ZDFheute – Anklage Hamburg

<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/nord-stream-anschlag-anklage-ukraine-100.html>



Mit freundlichen Grüßen

Michael B. Barnes

Michael B. Barnes

Rechtlicher Hinweis / Nutzung

Dieses Dossier ist Teil des privaten Informations- und Aufklärungsprojekts **KLARTEXT** von Michael B. Barnes.

Die Inhalte dürfen gelesen und über den offiziellen Link weiterempfohlen werden. Eine Veränderung, Kürzung, Bearbeitung, auszugsweise Weiterverbreitung oder Nutzung einzelner Passagen außerhalb des ursprünglichen Zusammenhangs ist nicht gestattet.

Die Veröffentlichung erfolgt ausschließlich zu Informations- und Meinungsbildungszwecken. Der Text enthält belegte Tatsachen, Quellenverweise sowie persönliche Bewertungen und Schlussfolgerungen des Autors.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der verwendeten Quellen wird keine Gewähr übernommen. Sollten neue Erkenntnisse vorliegen, kann eine spätere Fassung entsprechend angepasst werden.

© Michael B. Barnes – alle Rechte vorbehalten.

